

social-religiöser Sonderfractionen, wirthschaftlicher und gewerblicher Interessengruppen, die sich nicht immer an jene politischen Hauptparteien anschließen, sondern sich vielmehr in sie theilen und durch sie hindurchlaufen. Das ist eben auch ein Zeichen unserer politischen Unfertigkeit, daß Viele noch nicht gelernt haben, sich entsagend einem größeren Ganzen unterzuordnen, sich einer Parteidisziplin zu unterwerfen, sondern am Liebsten ihrem eigenen politischen Katechismus folgen, ihre Fraction für sich bilden möchten. Dem gegenüber ist immer wieder zu betonen, daß politische Fragen wesentlich Machtfragen sind und daß, wer im Staate etwas durchsetzen will, dies nur im Bunde mit vielen Anderen, im Anschluß an eine starke Partei zu thun vermag. Hat man dies einmal eingesehen, so kann auch die Wahl der Partei, der man sich anzuschließen hat, nicht allzu schweres Kopfzerbrechen kosten.

Lassen wir die Parteien im Reiche mit ihren Fahnen und Fähnlein einmal schnell an uns vorüberziehen, so sehen wir dieselben zunächst in zwei Hauptgruppen zerfallen: in solche, die dem Reiche hold sind und in solche, die ihm feindlich oder grollend gegenüberstehen. Den Kern der letzteren Gruppe bilden die Ultramontanen, die sich im preussischen Abgeordnetenhaufe und im Reichstage als „Centrumspartei“ aufgethan haben und unter dem Schlagworte der „Freiheit der Kirche“ für die Herrschaft der römischen Kirche über den Staat, für die Befestigung aller der Geseze und Einrichtungen kämpfen, welche die Unabhängigkeit des Staates von der Kirche verbürgen (wie die Maigesetze, die Reichs-civilehe etc.) Diese Partei ist es, die durch ihre staats-, bildungs- und freiheitsfeindlichen Annahmen den sogenannten Kulturkampf heraufbeschworen hat, und so lange sie in ihrer seitherigen Haltung verharrt, so lange sie das Reich in seiner Grundlage, den Staat in seiner Selbstständigkeit und Würde bedroht, so lange ist kein Friede zwischen ihr und denen, die sich um die Fahne des Reiches schaaren. Dasselbe gilt von den Anhängern der Centrumspartei, von jenen ultrapapstlichen weltlichen Elementen, die weniger aus kirchlichen Rücksichten, als aus politischem Haß zu der genannten Partei halten. Noch gefährlicher als diese ist die ihr Gegenstück bildende Socialdemokratie; diese will weder vom Staate, noch von der Kirche, noch von irgend einer bestehenden Ordnung etwas wissen; sie will unter der Vorpiegelung eines Phantasiestaates, in welchem Alle gleichviel besitzen und genießen sollen, den heutigen Staat, voran das deutsche Reich, zertrümmern. In socialer Beziehung erstrebt sie die Ersetzung des Privateigentums und des Lohnsystems durch ein Gesamteigentum, an dem Alle in gleicher Weise theilhaftig sein sollen; in politischer Beziehung steuert sie auf die Republik mittels gewaltsamen Umsturzes los. Was diesen letzteren Punkt betrifft, so sympathisiren mit ihr die Reste des alten demokratischen Radicalismus, die sich in Norddeutschland nur noch in zerstreuten Exemplaren, in Süddeutschland dagegen häufiger (als demokratische oder „Volkspartei“) vorfinden.

Tagesgeschichte.

— Offiziös wird aus Berlin geschrieben: Verschiedene Blätter haben gemeldet, die deutsche Regierung habe bei der österreichisch-ungarischen Regierung eine Verlängerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages auf 6 Monate in Vorschlag gebracht. Diese Meldung ist nicht richtig, dagegen richtig die andre schon früher gegebene Mittheilung, daß der Vorschlag der deutschen Regierung eine Verlängerung des Vertrages auf ein Jahr bezwecke. Wiener Blätter melden nunmehr, daß die österreichische Regierung diesen Vorschlag abgelehnt habe. Es wird damit wohl seine Wichtigkeit haben, ebenso wie mit der andern Nachricht, daß Oesterreich damit anderweitige Propositionen verbunden habe, welche zu Verhandlungen geführt haben, die zur Zeit noch in der Schwebe sind. Nähere Angaben über das Wesen dieser Propositionen und ihre Aussichten werden nicht gemacht. Man kann sich indes von selbst sagen, daß es sich einfach um einen Vertrag ohne Tarifconvention handelt. Für Deutschland hat dabei das größte Interesse ohne Zweifel die Aufrechterhaltung des Veredelungsverkehrs. Nun liegt aber dem österreichischen Abgeordnetenhaufe eine Eingabe des böhmischen Centralcomitees zur Beförderung der Erwerbthätigkeit im Erz- und Riesengebirge vor, in welcher verlangt wird, daß als Repräsentation gegen die von Deutschland verbotene freie Leinwandeneinfuhr in den an Böhmen anstoßenden Distrikten die Aufhebung des Veredelungsverkehrs beschlossen werde. Es scheint denn auch, daß die österreichische Regierung die Rückgängigmachung des Leinwandeneinfuhrverbots als Gegenleistung für die Aufrechterhaltung des Veredelungsverkehrs fordert, was indes die deutsche Regierung im vollen Umfange zu gewähren schwerlich Lust haben wird. Der Ausgang der Verhandlungen ist sonach noch sehr zweifelhaft, und doch sind es nur noch sechs Wochen bis zum Ablauf des alten Vertragsverhältnisses.

— Der an verschiedenen Orten, z. B. in Hamburg und Mühlhausen im Elsaß, mit Glück angestellte Versuch der Gründung von Arbeiterkolonien soll jetzt auch in Berlin nachgeahmt werden. Eine am 13. Abends unter Vorsitz des Abg. Rickert abgehaltene Versammlung hat die Grundzüge des Unternehmens festgestellt, wonach mittelst eines freiwillig zu zeichnenden Kapitals von 300,000 Mt. an zehn verschiedenen an den Grenzen der Stadt gelegenen Plätzen Komplexe von kleinen Arbeiterhäusern errichtet werden sollen, die nach einer etwa 16-jährigen Miethzeit in den Besitz der Arbeiterfamilien übergehen. Es hat sich in der Versammlung für diesen Plan, der das soziale Elend in einem der wichtigsten Punkte, der Wohnungsfrage, beseitigen will,

lebhafte Begeisterung kundgegeben, und es konnte, da das zu zeichnende Kapital keineswegs verloren ist, eine rege Theilnahme an dem wohlthätigen Unternehmen in Aussicht gestellt werden. Da die in Aussicht genommenen Plätze meist städtisches Eigenthum sind, können auch die kommunalen Körperschaften viel zur Förderung des Planes beitragen. Einstweilen ist eine Subcommission mit der genaueren Ausarbeitung des Planes betraut.

— Auf Grund des Sozialistengesetzes sind ferner folgende Vereine verboten worden: Der „demokratische Wahlverein“ zu Rawitsch, der „Gesangverein „Vorwärts“ zu Rawitsch, der „Arbeiterbildungsverein“ in Pforzheim, „Mitgliedschaft der sozialistischen Arbeiterpartei in Offenbach“, der „Arbeiterverein in Heiligenstadt“, „Arbeiter-Liedertafel Bagreuth“, „Arbeiterverein in Mittweida“, „Arbeiterverein in Lindenan“, Liedertafel „Lassalla“ in Stuttgart, „Gewerkschaft der Schneider und Bund der Tischler in Gera, der „Gewerkverein der Manufakturfabrik und Handarbeiter-Gewerlegenossenschaft“ in Gera. Ferner sind in Sachsen folgende Druckschriften verboten worden: „Neue Leipziger Zeitung für Stadt und Land“ und „Mitteldeutsche Zeitung in Leipzig.“

— Die in den letzten Tagen in Berlin erfolgte Verhaftung einiger russischer Studenten dürfte mehr oder minder mit der Affaire Saffulitsch zusammenhängen. Es sprechen hierfür folgende von dem „Berl. Börsen-Courier“ mitgetheilte Umstände: Die Braut des einen der Verhafteten, eine junge Russin, die in der letzten Zeit in der Schweiz Medicin studirte, traf jüngst in Berlin ein, um ihren Verlobten zu besuchen, und von da aus nach Rußland zu reisen. An der russischen Grenze wurde die junge Dame verhaftet, angeblich weil sie die Wjerra Saffulitsch sei. Obgleich die junge Studentin sofort bewies, daß hier eine Personenverwechslung vorliege, wurde sie doch in Haft behalten, weil, wie man nunmehr sagt, sie in der Schweiz der Wjerra Saffulitsch Gastfreundschaft gewährt habe, und weil man außerdem bei ihr auf der bloßen Brust eine ziemlich umfangreiche Correspondenz vorfand, die sie anscheinend über die Grenze hatte schmuggeln wollen. In ihrer Bedrängniß telegraphirte die junge Dame an ihren in Berlin weilenden Verlobten, der auch sofort nach der russischen Grenze abdampfte, es aber nicht verhindern konnte, daß seine Braut weiter nach dem Innern Rußlands transportirt wurde. Unverrichteter Sache kehrte er nach Berlin zurück, um daselbst sofort bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof verhaftet zu werden.

— In der „Nordd. Allg. Ztg.“ liest man: Die jüngst verhafteten fünf russischen Studirenden sind unter dem Verdacht der Begünstigung und Theilnahme an einer geheimen Verbindung in Haft. Während vier von ihnen ein solches Vergehen entschieden in Abrede stellen, hat der fünfte, wie verlautet, bestimmt zugegeben, daß alle fünf hier in Berlin, andere Russen in anderen Städten, die Vereinigung der Socialdemokraten und verwandter Verbindungen für alle Nationen der Welt angestrebte, um ein einheitliches System und einheitliches Handeln überall einzuführen.

— In Philadelphia haben sich am 26. Oktober deutsch-amerikanische Bürger versammelt und einen energischen Protest gegen das Ausnahmegesetz beschlossen. Dieser Protest ist laut Beschluß dem deutschen Reichstage und einer Reihe von Zeitungen, unter ihnen den Organen der Socialdemokratie zur Veröffentlichung zugestellt worden. Die Wiedergabe des in amerikanischem Capibaripi gehaltenen Wortlautes ist aus naheliegenden Gründen unmöglich. Zur Sache selbst haben wir, ganz abgesehen von der Frage, woher denn amerikanische Bürger das Recht nehmen, gegen Beschlüsse des deutschen Reichstages, noch dazu in internen Angelegenheiten zu protestiren, zu bemerken: Die Socialdemokraten in Amerika haben allerdings Ausnahmegesetze nicht zu befürchten, denn man läßt die Herren von der Internationale drüben reden soviel sie wollen. In dem Augenblicke aber, in welchem sie, wie es im vorigen Jahre bei Gelegenheit der Eisenbahn-Unruhen geschah, ihre Theorien praktisch auszuführen versuchen, fährt man Kanonen gegen sie auf und schießt sie über den Haufen. Es entpricht der deutschen Kultur mehr, nach Präventivmaßregeln zu suchen, um der letzten Eventualität aus dem Wege zu gehen, und wieviel Bedenken man in Deutschland auch gegen die Fassung des Ausnahmegesetzes zu erheben hatte, sie sind jenen Zuständen wie sie Philadelphia selbst vor Jahresfrist gesehen hat, immerhin bei Weitem vorzuziehen.

— Russische Kriege sind eine letzte Ernte für die beteiligten Beamten und Lieferanten und für den — Tod. Der letzte russische Krieg gegen die Türken hat der Armee mehr als 172,000 Mann an Toten gekostet. Die großen Verluste in Asien sind dabei gar nicht gerechnet.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 18. Novbr. Am vergangenen Sonnabend feierte der Sattlermeister Carl Ludwig Göckerich mit seiner Ehefrau das Fest der goldenen Hochzeit. Am Abend vorher wurde das Jubelpaar durch ein Ständchen des Gesangvereins „Orpheus“ überrascht, während am Morgen des Festtages das städtische Musikcorps den ersten Festgruß darbrachte. Im Laufe des Tages beglückwünschte auch Herr Bürgermeister Rose im Namen des Stadtraths das würdige Ehepaar, wovon beide Gatten im 73. Lebensjahre stehen. Sämmtliche acht Kinder, welche alle verheirathet sind und zum größten Theil aus der Ferne herbeigeieilt waren, nahmen an dieser Feier Theil. — Wir bemerken hierbei gleich noch, daß auch der Schuhmachernstr. Gottlieb Friedrich Groß mit seiner Ehefrau am 15. Juli d. Js. das Fest der goldenen Hochzeit gefeiert hat, wovon wir jedoch in späterer Zeit erst Mittheilung erhielten. Möge den würdigen Ehepaaren, welche beide mit irdischen

Güter
der la
freund
befan
zur Ei
Jahre
beiden
und d
Frage
Numr
sibnd
kannt
Verar
gegeb
seine
verein
demof
aus r
Glaub
nicht
hierde
mach
Soci
für d
fen.
lichen
sich
versch
mißbr
droht
regelu
zelter
ment
treibt
der
den
ist, h
ist,
welch
heilt
rechte
Zurru
verge
die
zur
so ra
und
schar
fame
ständ
neue
Gabr
richt
Bei
ihne
unge
einer
des
noch
and
gelie
15,
195
137
421
811
270
435
764
245
505
645
775
945
44
14